



Barbara Steinemann
Juristin, Kantonsrätin SVP
Watt

Der Kanton als chronischer Sozialfall

Vor einigen Wochen hatte die Zürcher Regierung dem Kanton eine Steuererhöhung um satte 7% in Aussicht gestellt. Damit geht er den bequemsten Weg, mit keinem Wort wird das unkontrollierte Selbstwachstum der Verwaltungstätigkeit erwähnt. Von 1990 bis 2008 sind die Zahlen der Aufwandsteigerung des Kantons Zürich sehr genau vorhanden: In diesen 18 Jahren erfolgte eine Steigerung der Aufwandseite in den zürcherischen Bilanzen um über 104% Prozent oder rund 4% pro Jahr. Inflationsbereinigt sinken die entsprechenden Werte auf 59% Steigerung oder rund 2,6% pro Jahr. Nur schon die Verbilligung der Krankenkassenprämien hat im Zeitraum von 1990 bis 2008 zu einer Aufwandsteigerung von rund einer halben Milliarde Franken geführt. Damit ist aber der Staatsaufwand immer noch jedes Jahr um 1,1% über dem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 1,5% gewachsen. Die Bevölkerung des Kantons ist in dieser Zeit lediglich um 13% angestiegen.

Wächst der Staatsaufwand nicht im gewohnten Prozentbereich, sprechen die Lobbyisten von SP, Grüne und VPOD reflexartig vom «Totsparen des Staates». Aber statt brutalen Staatsabbau sehen wir rasanten Ausbau der Verwaltung: Allein die letzten acht Jahre sind so bezeichnend wie fatal: Spitzenreiter der exzessiven Ausgaben ist der Budgetposten «soziale Wohlfahrt» mit 40%-Steigerung, der Bereich «Allgemeine Verwaltung» ist in den letzten acht Jahren um 28%, «Bildung» um 24%, und «Kultur und Freizeit» um 20% gestiegen. Würde man den behördlichen Umgang mit Geld durchleuchten wie Konzerne – es kämen mancherorts düstere Befunde hoch.

Die grosse Aufblähung geht einher mit einem entsprechenden Personalausbau: Innert nur vier Jahren hat Zürich seine 30 595 Vollzeitstellen auf 32 513 vermehrt, seit 2006 stehen nun 1918 Personen zusätzlich

auf der Gehaltsliste des Kantons. Alleine innert eines Jahres hat sich der Aufwand fürs Staatspersonal um 8,7% intensiviert. Weit überdurchschnittliche Personalsteigerungen weisen das Migrations- und das Sozialamt, sowie das Amt für Verkehr auf. Immer grössere Summen verschlingen auch die Spitäler, die Universität und die Fachhochschulen. Bei Letzteren ist die Zahl der Studierenden innert acht Jahren um 164% gestiegen.

Mit Verlaub: Das Desaster der Beamtenversicherungskasse und die Verkantonalisierung der Spitalfinanzierung sind nur vorgeschoben, diese Umstände waren schon lange bekannt. Aus volkswirtschaftlichen Gründen hat die damalige bürgerliche Mehrheit im Parlament um die Jahrtausendwende die Steuern moderat gesenkt – und damit wesentlich mehr Steuersubstrat hereingeholt als mit einst höheren Steuern. Nur wer aus Prinzip hohe Steuern befürwortet, rechnet noch mit proportionalen Einnahmen zum Steuerfuss. Um zu normalen Verhältnissen zurückzufinden, kommt der Kanton nicht um weitere Sanierungsprogramme herum. Der Weg über neue Steuern würde die Aufwandsteigerung nur noch mehr befeuern. Statt Pfründe und aufgeblähte Verwaltungen weiter zu füttern, ist der Staat auf ein vernünftiges Mass zurückzustutzen. Wir erleben in diesen Tagen, wie wichtig handlungsfähige Staatsgebilde wären. Denn ein starker Staat ist in erster Linie ein finanziell gesunder Staat. Wer sich heute über die überbordenden Aufblähungen jener Pleitestaaten, welcher der politische Grosskonzern EU einverleibt hat und über die USA, die Augen reibt, der sollte mal den Blick auf unseren eigenen Verwaltungs- und Verteilungsapparat und seine Entwicklung richten. Von einer klaren Konzeption, wie die Regierung die Bürokratie auf ein vernünftiges Mass stutzen will, ist man weit entfernt: Ein aussichtsloser Kampf gegen eine ausufernde Administration und ihrer Besitzstandswahrer.

Verteilgebiet

Niederweningen • Schleinikon • Otelfingen • Dänikon • Boppelsen • Oberweningen • Schöfflisdorf • Regensberg • Weiach • Bachs • Steinmaur • Dielsdorf • Stadel • Neerach • Niederhasli • Watt • Rümlang • Oberglatt • Niederglatt • Höri • Hochfelden • Glattfelden • Kloten • Winkel • Bachenbülach • Bülach • Eglisau • Hüntwangen • Wasterkingen • Wil ZH • Rafz • Buchberg • Rüdlingen • Rorbas • Freienstein-Teufen

IMPRESSUM

Wochenspiegel Verlags AG

Herausgeber:
Andreas Mohler
mohler@wospi.ch

Redaktion:
redaktion@wospi.ch
eilers@wospi.ch

Reporterin: Rita Moser
Malini Gloor, Daniela Poschmann

UL-Assistentin/Buchhaltung:
Corinne Teuscher
teuscher@wospi.ch

Verlagsleiter:

Manfred Eilers, 044 863 72 04
eilers@wospi.ch

Inseratenberatung:

Jasmin Z'Graggen,
zgraggen@wospi.ch
Sandra Meister
meister@wospi.ch

Kolumnisten:

Béatrice Petrucco
Sandra Langenauer
Patrick Schärli, Rüedel Linger

Produktion

Prepress:
Wochenspiegel Verlags AG
Feldstrasse 82
8180 Bülach
Telefon 044 863 72 00

info@wospi.ch
Fax 044 863 72 01
Tel. direkt: 044 863 72 10

Druck:

ZDS Zeitungsdruck
Schaffhausen AG

Normalauflage: 37 106 Ex.

Grossauflage: 59 000 Ex.
(3 x pro Jahr)

Erscheint jeden Mittwoch

Inseratenannahmeschluss:
spätestens Montag, 16 Uhr

Farbdatenlieferung:
spätestens Montag, 14 Uhr

Agendaeinträge:
Freitag der Vorwoche, 11 Uhr
Textbeiträge/Eingesandte:
Mittwoch Vorwoche, 11 Uhr

wospi